

ginnen. Aber in seiner Regierungserklärung hat Herr Kiesinger von der Deutschen Demokratischen Republik nicht Kenntnis genommen. Das heißt, er steckt noch immer den Kopf in den Sand. Ihm ist bisher nur bewußt, daß es ein Ostberlin gibt. (Vereinzelt Heiterkeit.)

Da sowohl die Regierungserklärung des westdeutschen Kanzlers als auch der Brief des Parteivorstandes der SP an die Delegierten des Parteitages als der höchsten Instanz unserer Partei gerichtet sind, kann ich dessen Stellungnahme nicht vorgreifen.

Wir sind der Meinung, daß jedwede Vogel-Strauß-Politik fruchtlos ist.

*Wir schlagen deshalb vor, daß der Vorsitzende des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundeskanzler der westdeutschen Bundesrepublik — von Delegationen unterstützt und mit gehörigen Vollmachten versehen — an einem noch zu vereinbarenden Ort Zusammenreffen, um über diese ersten Schritte auf dem Wege zu einer Verständigung der beiden deutschen Staaten zu verhandeln und die entsprechenden Verträge abzuschließen. (Beifall.)*

Dann werden wir auch über alle anderen Fragen sprechen können, die von den Regierungen der beiden deutschen Staaten auf den Verhandlungstisch gelegt werden.

Liebe Genossinnen und Genossen!

*Ich möchte zusammenhängend auch all jenen antworten, die der Meinung sind, es könne niemals zu einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen.*

Diese Antwort gilt jenen großkapitalistischen Kräften, die Schuld an der Spaltung Deutschlands haben, die auf der Spaltung beharren, weil sie nichts mehr fürchten als einen einheitlichen, friedliebenden, fortschrittlichen und antiimperialistischen deutschen Staat. Diese Antwort gilt auch jenen reaktionären Kräften in Westdeutschland, die sich einen einheitlichen deutschen Staat durch Eroberung der Deutschen Demokratischen Republik — also durch Blut und Eisen — wünschen.

Diese Antwort gilt aber auch jenen, die mit Trauer im Herzen befürchten, alle Möglichkeiten eines einheitlichen deutschen Staates könnten unwiederbringlich verpaßt sein, die annehmen, diese beiden deutschen Staaten mit ihren gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen müßten sich immer weiter voneinander entfernen, die also annehmen, die durch die Schuld der westlichen Imperialisten, der westdeutschen Großbourgeoisie und rechter sozialdemokratischer Führer erfolgte Spaltung sei unwiderruflich geworden.